Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3411**
15. Wahlperiode 18. 06. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (18. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Erika Ober, Karin Kortmann, Detlef Dzembritzki, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/2408 –

Globale Bekämpfung von HIV/Aids intensivieren

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Conny Mayer (Baiersbronn), Dr. Christian Ruck, Annette Widmann-Mauz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2465 –

Entwicklungspolitik muss Bekämpfung von HIV/Aids verstärken

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Markus Löning, Dr. Guido Westerwelle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 –

Bekämpfung von HIV/Aids zu einem Hauptanliegen in der Entwicklungspolitik machen

A. Problem

HIV/Aids ist in inzwischen eine der größten Bedrohungen für die friedliche Entwicklung in der Welt geworden. Die Pandemie hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu einer globalen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung mit weitreichenden politischen und sozio-ökonomischen Folgen entwickelt.

B. Lösung

Zusammenführung der Anträge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 15/2408 und 15/2465 – unter der Überschrift „Globale Politik muss Bekämpfung von HIV/Aids intensivieren" und Annahme in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung.

Einstimmigkeit im Ausschuss

Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 –.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands finanziell stärkere Beteiligung am globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Anträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 15/2408 und 15/2465 – zusammenzuführen und unter der Überschrift „Globale Politik muss Bekämpfung von HIV/Aids intensivieren“ in folgender Fassung anzunehmen:

   „Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   HIV/Aids ist inzwischen eine der größten Bedrohungen für die friedliche Entwicklung in der Welt geworden. Die Aidspandemie hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu einer globalen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung mit weitreichenden politischen und sozioökonomischen Folgen entwickelt.

   Nach Angaben von UNAIDS, dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen zu HIV/Aids und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), leben heute mehr als 40 Millionen Menschen mit der Immunschwächekrankheit. An deren Folgen sterben täglich mehr als 10 000 Menschen. 2 000 Kinder unter 15 Jahren infizieren sich täglich neu. Von den mehr als 40 Millionen HIV-infizierten Menschen weltweit leben fast drei viertel in Afrika, darunter auch 3 Millionen Neugeborene und Kleinkinder. In einigen Ländern südlich der Sahara liegen die Infektionsraten bei über 30 Prozent. Bei Frauen und Mädchen sind die Infektionsraten teilweise bis zu fünfmal höher als in der männlichen Bevölkerung. Nach Darstellung von UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, haben heute schon rund 10 Millionen Kinder in Afrika südlich der Sahara einen oder beide Elternteile durch Aids verloren.

   Frauen und Mädchen sind in vielen Entwicklungsländern aus verschiedenen Gründen besonders gefährdet, mit dem Virus infiziert zu werden. Neben der generellen Benachteiligung von Frauen, u. a. der unzureichende Zugang zu Informationen und Beratung über reproduktive Gesundheit sowie Diskriminierungen, sind Frauen in Entwicklungsländern im privaten Umfeld häufig rechtlos. Sie können ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung oft nicht ausüben. Sie können sich gegen ungeschützten Verkehr nicht wehren und sind unter Umständen Gewalt und Vergewaltigung ausgesetzt. Hinzu kommt, dass Frauen allein durch ihre physischen Voraussetzungen ein mindestens zweimal so hohes Risiko wie Männer haben, sich bei einem Sexualkontakt mit HIV zu infizieren. Frauen haben vielfältige gesellschaftliche Aufgaben: Kindererziehung, Kranken- und Altenpflege, Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit. Durch den Ausfall dieser sozialen Tätigkeiten von Frauen potenzieren sich die Auswirkungen von Aids auf die Gesellschaften weiter. Weitere Ursachen für die schnelle Ausbreitung der Epedemie sind der fehlende Zugang zu Informationen, die Stigmatisierung und Diskriminierung von Infizierten und Erkrankten, Armut, unzureichende Gesundheitsversorgung, mangelnder Zugang zu Medikamenten, soziale Katastrophen und Krieg sowie Menschenrechtsverletzungen und intravenöser Drogenkonsum.

   Nach Schätzungen von UNAIDS liegen die künftigen Epizentren der weltweiten Epidemie in Indien und China sowie in Osteuropa und Zentralasien. In Osteuropa und Zentralasien sind derzeit mehr als 1,5 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert, davon 1 Million allein in der Russischen Förderation. Aber auch in den Baltischen Staaten, der Ukraine und Moldawien steigt die Anzahl der mit HIV/Aids lebenden Menschen stetig an. Dadurch wird deutlich, dass HIV/Aids keinesfalls nur ein afrikanisches Problem ist. Eine unverzügliche und konsequente Intervention zum jetzigen Zeitpunkt könnte die Epidemie in Osteuropa eindämmen, bevor ihre Folgen das gleiche Ausmaß wie auf dem afrikanischen Kontinent erreichen.

Prävention und Therapie sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Deutsche Bundestag unterstützt jede Initiative, die Prävention und Therapie als gemeinsames Konzept ansieht. In Projekten, in denen bereits behandelt wird, zeigt sich, dass gerade das Wissen um die Möglichkeit der Behandlung die Chancen erhöht, dass sich Menschen einem HIV-Test unterziehen. Außerdem ermöglicht die antiretrovirale Therapie, dass Menschen mit HIV weiterhin am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können.

Mindestens 6 Millionen Menschen benötigen heute in Entwicklungsländern dringend eine Behandlung mit Aidsmedikamenten. Bislang können dort weniger als 300 000 Menschen mit lebensverlängernden antiretroviralen Medikamenten versorgt werden. Bei der Behandlung von HIV/Aidspatienten spielen neben dem Preis der Medikamente auch die Qualitätssicherung, der Ausbau der lokalen Infrastruktur, der Aufbau von Laboren mit Ausstattung preiswerter Labortechnik zur Analyse von HIV/Aidstests, Ausbildung für medizinisches und medizinischtechnisches Personal und die Bereitschaft der nationalen Regierungen, HIV/Aids öffentlich zu thematisieren, eine zentrale Rolle.

In den letzten Jahren haben sich die Preise für Aidstherapien drastisch gesenkt. Das ist vor allem auf Nachahmerprodukte – so genannte Generika – zurückzuführen, die heute kostengünstiger angeboten werden können als die Originale. Damit verbunden ist der am 30. August 2003 von den WTO-Mitgliedstaaten (WTO = Welthandelsorganisation) erzielte Kompromiss, wonach Entwicklungsländer, die keine eigene ausreichende Produktionskapazität haben, Generika dann importieren dürfen, wenn die öffentliche Gesundheit in Gefahr ist. Bislang durften die von den Epidemien besonders betroffenen Länder diese Präparate aufgrund der unter dem TRIPS-Abkommen vereinbarten Patentrechte nicht einführen, sondern höchstens selbst herstellen. Mit Nachdruck setzt sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit für preisgünstige bzw. kostenlose Bereitstellung von antiretroviralen Medikamenten durch die Pharmaindustrie ein.

Über die Anstrengungen für Prävention und Behandlung hinaus ist es notwendig, die Ausbreitung der Aidspandemie durch einen Impfstoff gegen den HI-Virus einzudämmen. Weltweit gibt es Forschungsarbeiten für die Entwicklung wirksamer präventiver Impfstoffe, vor allem durch gentechnische Verfahren, von denen viele in den kommenden Jahren in die klinische Testung überführt werden. Angesichts der Komplexität des HI-Virus ist es gleichwohl noch ein weiter Weg, bis den Menschen in den am meisten betroffenen Ländern ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung gestellt werden kann. Die weltweiten Anstrengungen werden von IAVI (International Aids Vaccine Initiative) unterstützt, die als Public-Private Partnership die verschiedenen Akteure im Kampf um einen Aidsimpfstoff zusammenführt. Dazu gehören auch deutsche Forscher, die in der Grundlagen- und in der klinischen Aidsforschung arbeiten.

Im Jahr 2000 haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen in New York die Millenniumsziele verabschiedet und sich zu deren Umsetzung verpflichtet. Die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten ist eines der acht Ziele des Millenniumprogramms. Bis zum Jahr 2015 soll die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand gebracht werden. Die rasante Ausbreitung der HIV/Aidsepidemie gefährdet auch die Erreichung weiterer Millenniumsziele, insbesondere die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und die Verringerung der Säuglingssterblichkeit. Auch die ungeheure Dimension und Folgen der Epidemie machen deutlich, dass umgehendes und gemeinsames Agieren im internationalen Kontext unumgänglich ist. So hat die Krankheit in einigen Ländern von Subsahara-Afrika die Erfolge der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre bereits gefährdet. HIV/Aids hat gera-

de in Entwicklungsländern gravierende Auswirkungen auf die nationale Wirtschaft, das Bildungs- und Gesundheitswesen aber auch auf die Sicherheits- und Außenpolitik. Internationale Verantwortung zur Eindämmung von HIV/Aids umfasst nicht nur finanzielles Engagement der Partnerländer, sondern auch die Bereitschaft, dem Thema HIV/Aids allerhöchste politische Priorität einzuräumen und einer Stigmatisierung des Themas sowie der betroffenen Menschen entgegenzuwirken.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, würdigte am 22. September 2003 die Rolle des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) als eines der effektivsten Instrumente zur Finanzierung des Kampfes gegen HIV/Aids. Der GFATM wurde 2001 mit Unterstützung der G8-Staaten eingerichtet. Seit der Fonds seine Tätigkeit 2002 aufnahm, konnten 224 Projekte in 121 Ländern gefördert werden. Dabei werden rund 60 Prozent der Mittel für die Bekämpfung von HIV/Aids, 23 Prozent für Malaria und 17 Prozent für Tuberkulose verwendet. Auch die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den Globalen Fonds finanziell zu unterstützen. Im Rahmen der weiteren multilateralen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Bundesregierung das Joint United Nations Programme on AIDS (UNAIDS) und fördert damit u. a. auch die 1999 von mehreren afrikanischen Staatschefs gegründete Initiative „International Partnership against AIDS in Africa“. In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurde die Bekämpfung von HIV/Aids zu einer Querschnittsaufgabe erklärt. Außerdem werden in elf afrikanischen Ländern „social marketing“-Projekte, d. h. die subventionierte und damit soziale Vermarktung von Kondomen, gefördert.

Neben den internationalen Anstrengungen im Kampf gegen HIV/Aids tragen besonders die betroffenen Entwicklungsländer große Verantwortung. Bisher haben allein in Afrika vierzig Länder landesweite Programme zur Aidsbekämpfung entwickelt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– sich auf internationaler Ebene in den Institutionen der Vereinten Nationen sowie gegenüber der EU und dem Development Assistance Committee (DAC) der OECD für die Umsetzung des HIV/Aidsbekämpfungsziels der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen einzusetzen;

– sich nach der Anerkennung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) als ein zentrales Instrument zur globalen Bekämpfung von HIV/Aids dort verstärkt politisch zu engagieren und entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands sich finanziell stärker zu beteiligen;

– sich bei internationalen Gremien und in internationalen Diskussionen dafür einzusetzen, dass für den GFATM zusätzliche Beiträge nichtstaatlicher Geber, d. h. von der Privatwirtschaft, privaten Spendern und Nichtregierungsorganisationen, eingeworben werden, damit sich die „globale Partnerschaft“ zwischen Vereinten Nationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der HIV/Aidsbekämpfung intensiviert;

– ihren Einfluss auf internationaler Ebene auch in persönlichen Kontakten zu nutzen, um Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV/Aids zu überwinden und hierdurch eine offene Auseinandersetzung mit dem Thema HIV/Aids, ohne die eine Bekämpfung dieser Krankheit nicht denkbar ist, zu ermöglichen;

– zu prüfen, ob das Vorliegen eines angemessenen politischen Engagements für die HIV/Aidsbekämpfung positiv bei der Prüfung von möglicher bilateraler Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, die hohe HIV/Aidsinfektionsraten zu verzeichnen haben, berücksichtigt werden kann;

- innerhalb der Weltbank darauf einzuwirken, dass Mittel für Maßnahmen der HIV/Aidsprävention und -behandlung überwiegend als Zuschüsse und nicht als Kredite vergeben werden, um eine weitere Verschuldung der ärmsten Länder zu vermeiden;
- sich weiterhin dafür einzusetzen, dass HIV/Aidsbekämpfung als multisektoraler Ansatz (DAC-/WHO-Richtlinien zu Armut und Gesundheit) in die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungsländer (PRSP) integriert wird und so konzipiert wird, dass sie den Kampf gegen die Armut zusätzlich unterstützt;
- gegenüber der Europäischen Kommission darauf hinzuwirken, dass die Armutsorientierung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit noch weiter verbessert und die präventive Ausrichtung des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur HIV/Aids-Bekämpfung gestärkt und mit nationalen Aktivitäten in den Entwicklungsländern besser verzahnt wird;
- die Transparenz der Mittelvergabe zur HIV/Aidsbekämpfung unter Berücksichtigung der 25 Kategorien so genannter key interventions von UNAIDS zu verbessern;
- bei der praktischen Umsetzung der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit und des Aktionsprogramms 2015 weiterhin entsprechend der Millenniumsziele ein besonderes und längerfristig verstärktes Gewicht auf die HIV/Aidsbekämpfung zu legen und dabei den Interessen und Bedürfnissen der jungen Generationen besonders Rechnung zu tragen;
- künftig bei Projekten der bilateralen Zusammenarbeit Prävention, Behandlung sowie Betreuung und Versorgung von HIV-Patienten und ihrer Angehörigen, und hier insbesondere der Waisen, verstärkt zu berücksichtigen;
- das Empowerment von Frauen und Mädchen durch Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Situation als zentralen Entwicklungsfaktor in Entwicklungsländern weiter zu stärken;
- die Kooperationsländer verstärkt auf die Notwendigkeit und den Erfolg von Sexualbildung im Bereich der Prävention durch Aufklärungs- und Informationsprogramme hinzuweisen als wichtigen Beitrag, um Neuinfektionen zu verhindern;
- den Dialog zwischen Pharmaindustrie und Laborgeräteherstellern und Entwicklungsländern weiterhin zu unterstützen mit dem Ziel einer breiten Bereitstellung von kostengünstigen, qualitativ hochwertigen antiretroviralen Medikamenten und der fachkundigen Ausbildung von medizinischem Personal in Entwicklungsländern;
- den weiteren Ausbau von Public-Private Partnerships zu unterstützen und voranzutreiben.“;

2. den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 – abzulehnen.

Berlin, den 16. Juni 2002

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Dr. Erika Ober
Berichterstatterin

Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)
Berichterstatterin

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Ulrich Heinrich
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Erika Ober, Dr. Conny Mayer (Baiersbronn), Thilo Hoppe und Ulrich Heinrich

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/2408 –, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2465 – und den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 – in seiner 91. Sitzung am 12. Februar 2004 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Anträge in seiner Sitzung am 16. Juni 2004 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 15/2408 – anzunehmen. Er lehnte den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2465 – mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP ab. Den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 – lehnte er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Anträge in seiner Sitzung am 28. April beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 15/2408 – anzunehmen und den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 – abzulehnen. Den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2465 – lehnte er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP ab.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** haben die Anträge in ihren Sitzungen am 26. Mai 2004 beraten und diese in der vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat die Anträge in seiner Sitzung am 28. April 2004 beraten und einstimmig – bei Verzicht auf die Abgabe eines Votums – beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Erarbeitung einer gemeinsamen Beschlussempfehlung zu empfehlen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Anträge in seiner 26. Sitzung am 28. April 2004 und in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und

– einstimmig beschlossen, die Anträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 15/2408 und 15/2465 – unter der Überschrift „Globale Politik muss Bekämpfung von HIV/Aids intensivieren“ und die Annahme in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen und

– mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2469 – zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

In der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 28. April 2004 kamen die Fraktionen überein, die Möglichkeit der Erarbeitung einer gemeinsamen Beschlussempfehlung aller Fraktionen zu prüfen, da die vorgelegten Anträge in weiten Teilen der Problemanalyse, der Zielsetzung und der vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen übereinstimmten.

In der Sitzung vom 26. Mai 2004 begrüßten die Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass dies gelungen sei. Mit der gemeinsamen Fassung der Beschlussempfehlung werde das Parlament der dramatischen und globalen Herausforderung durch die Immunschwächekrankheit HIV/Aids besser gerecht.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, nach wie vor sei noch nicht völlig geklärt, welche Instrumente für die Lösung des Problems HIV/Aids am besten geeignet seien. In den interfraktionellen Gesprächen sei insbesondere die Mittelausstattung für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria thematisiert worden. Dabei habe sich gezeigt, dass der Fonds nach Auffassung aller Fraktionen ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von HIV/Aids sei und deshalb entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands finanziell stärker ausgestattet werden soll. Sie sprach sich dafür aus, das Thema HIV/Aids im Herbst erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen, um dann zu überprüfen, wie die gemeinsam erarbeiteten Vorschläge umgesetzt worden seien und wie sie wirkten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßte, dass der Stellenwert der Therapie in der gemeinsam erarbeiteten Beschlussempfehlung stärker betont werde und die Transparenz der Mittelvergabe zur HIV/Aids-Bekämpfung unter Berücksichtigung der 25 Kategorien so genannter key interventions von UNAIDS verbessert werden. Die Entwicklung in Osteuropa, die Schwerpunktsetzung vor allem in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie die Bereiche Medikamentenentwicklung und Labor wurden als Punkte bezeichnet, die künftig stärker zu beachten seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, die Bundesregierung verfolge das Thema HIV/Aids sehr ernsthaft und angemessen und müsse zu einer Kurskorrektur nicht angehalten werden. Gleichwohl sei positiv zu vermer-

ken, dass in der gemeinsamen Beschlussempfehlung auf die Bedeutung der Erforschung von Impfstoffen ausdrücklich hingewiesen werde.

Die **Fraktion der FDP** teilte mit, auch sie werde der gemeinsamen Beschlussempfehlung zustimmen, wolle ihren Antrag jedoch gleichwohl zur Abstimmung stellen. Damit wolle die FDP dokumentieren, dass es sich bei der gemeinsam erarbeiteten Beschlussempfehlung lediglich um einen ersten Schritt handele, um auf die Entwicklungspolitik der Bundesregierung Einfluss zu nehmen.

Berlin, den 16. Juni 2003

Dr. Erika Ober	**Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)**	**Thilo Hoppe**	**Ulrich Heinrich**
Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333